



Zukunft der BA unter der neuen Regierung

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

in Berlin ist gestern die neue Bundesregierung vereidigt worden. In den vorausgegangenen Koalitionsverhandlungen hat sie sich intensiv auch mit dem Arbeitsmarkt und mit der Bundesagentur für Arbeit beschäftigt. Im Koalitionsvertrag sind mehrere Vorhaben formuliert, die uns direkt betreffen.

Die Bundesagentur für Arbeit bleibt Träger der Grundsicherung in gemeinsamer Verantwortung mit Kommunen und Ländern. Das bedeutet, dass wir weiter vertrauensvoll mit den Kommunen „unter einem Dach“ zusammenarbeiten. Aufgabe, Kompetenz und Verantwortung der BA und der Kommune werden dabei klar geregelt. Unser Ziel ist es, die freiwillige Kooperation auch vertraglich in den wesentlichen Punkten abzusichern und für die Bürger verlässlicher Partner zu bleiben.

Für Ihre Arbeit bedeutet das: Jeder, der im Jobcenter arbeitet, wird weiter gebraucht und zwar an dem Ort, an dem Sie auch heute Ihren Arbeitsplatz haben! Dies soll auch absehbar so bleiben. Die getrennte Trägerschaft wird jetzt mit Beteiligung von Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis vorbereitet. Sie wird 2010 zweifellos nochmals Zeit und Kraft kosten, ist aber gut lösbar.

Ein anderer Beschluss der neuen Koalition betrifft die Finanzierung der BA. Danach soll das durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise verursachte Defizit im Jahr 2010 durch einen einmaligen Zuschuss gedeckt werden. Dies ist eine gute Entscheidung für die BA und für jeden von Ihnen. Denn anderenfalls hätte die BA Kredite in Milliardenhöhe beim Bund aufnehmen müssen und an dieser Last über Jahre schwer getragen. Die BA bleibt auf diese Weise handlungsfähig und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten eigenständig.

Im Gegenzug fordert uns die neue Regierung auf, noch effizienter zu werden und unsere Arbeit kritisch zu überprüfen. Dies ist für uns nicht neu. Wir haben im Zuge der Reform belegt, zu welchen Änderungen diese Organisation fähig ist und wir haben viel erreicht, auf das wir stolz sein können. Den Weg der laufenden Verbesserung beschreiten wir weiter.

Im Koalitionsvertrag wird auch die Familienkasse genannt. Es soll geprüft werden, ob die von der Familienkasse durchgeführte Auszahlung des Kindergeldes einer anderen Stelle übertragen werden kann. Auch diese Diskussion ist nicht neu und es stellt sich die Frage, wer es besser machen kann als wir. Wir scheuen den Vergleich nicht. So oder so werden aber die Aufgaben der Familienkasse bestehen bleiben und damit auch die Arbeitsplätze.

Die Koalitionsvereinbarung ist aus unserer sachlichen Beurteilung eine gute Grundlage für erfolgreiche Arbeit. Es ist den Ergebnissen Ihrer Arbeit in den vergangenen Jahren zu verdanken, dass der Gedanke einer Auflösung der BA nicht ernsthaft diskutiert wurde. Die BA steht für die neue Regierung nicht zur Disposition und ihr Wert wird inzwischen auch von den Kritikern anerkannt. Dabei muss es bleiben.

Gerade jetzt und auch im kommenden Jahr, wenn die Folgen der Wirtschaftskrise am Arbeitsmarkt voll durchschlagen, müssen wir zeigen, dass das Vertrauen der Regierung in uns gerechtfertigt ist. Ich bitte Sie auch im Namen meiner Vorstandskollegen, alle Ihre Kräfte zu bündeln, um möglichst viele Menschen in Ausbildung und Arbeit zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Franh-J. Wiese